N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 27. September 2002, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss,

Anwesenheit:

SPD: Aab, Acker, Becker, Brahms, Chatzievgeniou, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Schlüter-Böhm, Schröter, Schulze-Stampe, Seelig, Sell, Severin, Spies, Dr. Weinbach;

CDU: Dersch, Gottschlich, Heck, Heubel, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Pötter, Rehlich, Rising Hintz, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Usinger, Dr. Wulff;

GRÜNE: Flohrschütz, Göttling, Keller, Lakner, Laßmann, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer;

PDS/ML: Gottschaldt, Kolter, Köster-Sollwedel, Metz;

BfM: Schwindack, Zaun;

F.D.P.: Röllmann, Schwebel, Wüst;

MBL: Ludwig;

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Möller,
Bürgermeister Vaupel,
Stadtrat Dr. Kahle;

vom ehrenamtlichen Magistrat:

Stadträtin Amend-Wegmann,
Stadtrat Biver,
Stadträtin Dinnebier,
Stadtrat Reinhard,
Stadträtin Schultheiß,
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,
Stadtrat Sprywald,
Stadtrat Wehrum;

es fehlen entschuldigt:

Daser, SPD, Dr. Baumann – Bündnis 90/Die Grünen –, Faecks – BfM –, Dr. Huesmann – MBL –;

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu **1** **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Die Stadtverordnete Ute Mehnert - CDU - hat heute Geburtstag. Der Stadtverordnetenvorsteher und auch der Oberbürgermeister gratulieren der Stadtverordneten Mehnert und überreichen je einen Blumenstrauß.

Besonders begrüßt wird der neue Stadtverordnete Rainer Flohrschütz, Bündnis 90/Die Grünen, der für die ausgeschiedene Stadtverordnete Anna Giede nachgerückt ist. Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht für die Zukunft eine gute Zusammenarbeit.

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert das Haus, dass die stellvertretende Schriftführerin, Nikola Orth, heute letztmalig an der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen wird, da sie demnächst eine Ausbildung zum gehobenen Beamtendienst absolviert. Der Stadtverordnetenvorsteher dankt für die bisherige Tätigkeit für die Stadtverordnetenversammlung und überreicht einen Blumenstrauß.

zu **2** **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. August 2002 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu **3** **Ergänzungen der Tagesordnung**

Die Fraktion PDS/ML legt einen Dringlichkeitsantrag betr. Erhalt des optischen und gegenständlichen Schutzes der verkehrsberuhigten Zone Barfüßerstraße vor. Der Stadtverordnete Köster - PDS/ML - begründet die Dringlichkeit zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht Stadtrat Dr. Kahle.

Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der PDS-Fraktion die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit des Hauses nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch die in den Ausschüssen zu den einzelnen Vorlagen angemeldeten Aussprachen und sonstige Veränderungen der Tagesordnung bekannt. Die Tagesordnung wird im übrigen so genehmigt.

zu **4** **Fragestunde**

zu **4.1** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr.1 9/02)**
Vorlage: VO/0619/2002

Sieht der Magistrat eine Möglichkeit, die Öffnungszeiten des Ausländerbüros im Stadtbüro in der Frauenbergstraße zu erweitern oder könnten nicht wenigstens vor Semesteranfang, wenn der Andrang der ausländischen Studenten besonders stark ist, zusätzliche Öffnungszeiten eingerichtet werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Ausländerbehörde, eine Abteilung des Ordnungsamtes, hat bereits an vier Wochentagen offene Sprechstunden. (Mo., Mi., Fr. von 08 – 12 Uhr und Do. von 15 – 18 Uhr). Durch den Publikumsandrang enden im Regelfall die Sprechstunden erst gegen 13 und am Donnerstag zwischen 18.30 und 19 Uhr.

Um die Öffnungszeiten - selbst nur zu Semesterbeginn - zu erweitern, benötigt die Ausländerbehörde zusätzliches qualifiziertes Personal, das nicht zu Verfügung steht. Folglich ist eine Ausdehnung der Öffnungszeiten nicht möglich.

Die sprechstundenfreie Zeit wird unbedingt
- für Nacharbeiten aus den Sprechstunden, der Bearbeitung eingehender Post, so auch eingehender Visumsanträge von Studierenden etc. sowie
- für zeitaufwendige Beratungsgespräche in Problemfällen benötigt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rising Hintz - CDU - und Chatzievgeniou - SPD - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.2** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr.2 9/02)**
Vorlage: VO/0640/2002

Mit „Scheckheften" zum Energiesparen können die Bürger bei den Stadtwerken Kassel Infobroschüren anfordern, Beratungstermine vereinbaren und Messgeräte für Strom- oder Wasserverbrauch ausleihen. Gegen Entgelt führen die Stadtwerke auch Energiespar-Checks (z.B. Thermografie-Untersuchungen) durch. Bieten die Marburger Stadtwerke diese Leistungen ebenfalls?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Seit mittlerweile sieben Jahren können die Kundinnen und Kunden kostenlos Infobroschüren rund um das Thema Energie und dazugehörige Produkte bei den Stadtwerken Marburg postalisch oder persönlich im KuZe beziehen. Ebenfalls seit 1995 bieten die Stadtwerke Marburg (auch schon davor, jedoch dann in neuer Form über das neue KuZe) kostenlose Energieberatungen und kostenlosen Verleih von Stromverbrauchsmessgeräten an, sowie Anbieteradressen für Thermoprofie-Untersuchungen. Energiespar-Checks gegen Entgelt werden nicht durchgeführt.

Kommuniziert werden diese Angebote regelmäßig über Pressemitteilungen, Anzeigen bei Messen, über das Begrüßungsscheckheft des Stadtbüros an neue Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber über unser 4 x jährlich an alle Mar-

burger Haushalte mit der Tagespost verteiltes Service Magazin (z. B. Service Magazin Ausgabe 1/2002, Service Magazin Ausgabe 3/2002).

zu **4.3** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Petra Baumann (Nr.3 9/02)**
Vorlage: VO/0641/2002

Wie ist der aktuelle Stand zum geplanten Einsatz des Nachtbusses in Marburg?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Planungen zur Umsetzung eines Nachtbusses stehen zur Zeit unter folgenden veränderten Rahmenbedingungen:

a) Baustopp der Diskothek in der Siemensstraße
b) eventuelle Einbindung des Diskobusses des Kreises
c) Veränderung der Verkehrszeiten der Abendlinie 1 und 3.

Zur Abstimmung eines Nachtbusangebotes, dass der veränderten Planungssituation Rechnung trägt, sind noch mindestens 8 Wochen nötig.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Hussein - SPD -, Göttling - Bündnis 90/Die Grünen - und Schröter - SPD - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Nr.4 9/02)**
Vorlage: VO/0620/2002

In den 80er und 90er Jahren waren zumindest 3 Marburger studentische Verbindungen Keimzellen des politischen Rechtsextremismus. Ist dem Magistrat bekannt, ob den Verfassungsschutzbehörden aus letzter Zeit Erkenntnisse über rechtsextreme Betätigungen Marburger studentischer Verbindungen vorliegen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Nein.

zu **4.5** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr.5 9/02)**
Vorlage: VO/0635/2002

Wie hoch sind die Kosten des Marktfrühschoppens für die öffentliche Hand (Polizei, Ordnungskräfte, Reinigungskosten)? Werden diese Kosten dem Veranstalter in Rechnung gestellt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Kosten:

- Sperrung 387,75 €
- Reinigung 0,00 € (Selbstreinigung)
- Polizei keine Angaben durch die PD

Da es sich um eine Traditionsveranstaltung handelt, werden die Kosten für die Sperrung dem Veranstalter nicht in Rechnung gestellt.

zu **4.6** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr.6 9/02)**
Vorlage: VO/0642/2002

Wie hoch waren die Kosten für die Erneuerung des Metallzaunes um den Schulhof der Friedrich-Ebert-Schule im Sommer 2002.

Es antwortet der Bürgermeister.

Der Metallzaun wurde nicht erneuert, lediglich die vorhandene Sandsteinmauer musste abgetragen und wieder neu errichtet werden. Die Maßnahme war erforderlich, da die Sandsteinpfeiler der Mauer durch Witterungseinflüsse keinen tragenden Verbund mehr gewährleisten konnten. Es bestand erhöhte Unfallgefahr, dass die gesamte Zaunanlage bei Sturmeinwirkung oder durch Personen umgerissen bzw. zusammenstürzen könnte. Einschließlich der Planungskosten wurden für diese Maßnahmen insgesamt 46.000 € angemeldet.

Die Maßnahme ist jedoch noch nicht abgerechnet, somit ist eine endgültige Kostenfeststellung derzeit nicht möglich.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Neuwohner - Bündnis 90/Die Grünen - wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.7 9/02)**
Vorlage: VO/0643/2002

Seit einigen Monaten wird vom NVV und RMV ein sogenanntes „Hessenticket" angeboten, das im NVV-Einzugsbereich offensiv beworben wird. Der RMV betreibt hingegen keine Werbemaßnahmen. Können die Stadtwerke Marburg im eigenen Einzugsbereich intensiv für dieses alternative Angebot werben – notfalls ohne RMV.

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Seit dem 1. April 2002 hat das "Hessenticket" Gültigkeit und kann seitdem im Kundenzentrum und in unseren Bussen erworben werden. Zeitgleich und in Anlehnung an die vom RMV, VRN und NVV initiierte Werbekampagne wird dieses Produkt in Form eines Flyers, der sich gleichzeitig als Plakat auseinanderfalten lässt, beworben. Aufgrund der großen Nachfrage musste bereits eine größere Menge dieser Prospekte nachbestellt werden. Als weitere Werbeplattform dient die eigens dafür eingerichtete Homepage www.dashessenticket.de. Wir sind der Auffassung, dass das Hessenticket damit ausreichend beworben ist und sehen keinen Anlass eine eigene Werbekampagne zu verfolgen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Sell - SPD - und Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.8** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr.8 9/02)**
Vorlage: VO/0644/2002

Im Burgwald wird das von der Landesregierung als besonders innovativ ausgezeichnete Projekt „Salatölauto" durchgeführt. Können sich die Stadt Marburg oder die Stadtwerke durch Einsatz entsprechender Kraftfahrzeuge an dem Projekt beteiligen oder ist die Durchführung eines solchen Projektes in Marburg – vielleicht unter Federführung der Stadtwerke – möglich?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die oben gestellte Frage ist vergleichbar der Frage von Herrn Dietmar Göttling von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2002, die sich inhaltlich ebenso mit Biokraftstoffen und deren Einsatzmöglichkeiten beschäftigt. Dementsprechend sei auf die Stellungnahme der Stadtwerke vom 07.07.2002 verwiesen.

zu **4.9** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Christine Dersch (Nr.9 9/02)**
Vorlage: VO/0632/2002

In welchen Abständen wurden die Entwässerungsgräben im Stadtgebiet, z. B. im Ortsteil Ginseldorf, gereinigt, von Unkraut befreit und auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Unterhaltung der Entwässerungsgräben erfolgt nach einem fest geregelten und etablierten System:

Die Ortsvorsteher/innen reichen einmal im Jahr die mit den jeweiligen Ortslandwirten abgestimmten und in der Regel mit den Ortsbeiräten besprochenen Pläne der aus ihrer Sicht zu bearbeitenden Entwässerungsgräben ein. Im Anschluss daran findet eine gemeinsame Ortsbegehung unter Beteiligung der Ortsvorsteher/innen, Ortslandwirte, Vertreter/innen der Unteren Naturschutzbehörde sowie des DBM statt.

Dabei werden gemeinsam die unter Berücksichtigung der Dringlichkeit, der Belange der Naturschutzbehörde sowie der finanziellen Möglichkeiten zu bearbeitenden Flächen besprochen und anschließend durch den DBM umgesetzt.

Neben den regelmäßigen Unterhaltungsarbeiten erfolgen bei starken Niederschlagsereignissen erforderliche Sondereinsätze.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Christine Dersch (Nr.10 9/02)**
Vorlage: VO/0630/2002

Sind zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung des neuen Kinderspielplatzes in Ginseldorf vor Überflutungen geplant, damit Schäden wie nach dem Starkregen vom 28.08.2002 vermieden werden können?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Es ist geplant, durch den Bau eines kleinen Rasen-Erdwalles am oberen Spielplatzbereich Oberflächenwasser von Starkregen in Richtung Graben zu leiten.

Weiterhin wird zurzeit vom Tiefbauamt geprüft, ob im weiteren Umfeld des Spielplatzes Entwässerungsmaßnahmen wie beispielsweise Gräben erforderlich sind.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Kerstin Weinbach (Nr.11 9/02)**
Vorlage: VO/0645/2002

In welchem Jahr genau wurde das frühere „Wirtshaus an der Lahn" abgerissen?

Es antwortet der Bürgermeister.

Das frühere „Wirtshaus an der Lahn" wurde im Jahr 1970 abgebrochen; dies ergibt sich aus der bei der Bauaufsichtsabteilung vorhandenen Bauakte.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Weinbach - SPD - und Oppermann - CDU - werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Um 17:48 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe - SPD - die Sitzungsleitung.

zu **4.12** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr.12 9/02)**
Vorlage: VO/0636/2002

Warum wurde als Ausweichort für die NPD-Kundgebung am 29.08. die Haspelstraße (in unmittelbarer Nähe zum DGB und zum Diakonischen Werk!) gewählt und wer hat das wann entschieden?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Aufgrund der aktuellen Lage am Versammlungstag konnte die Gewährleistung des Versammlungsrechts für die NPD auf dem Marktplatz nur schwer sichergestellt werden. Aus polizeilichen- und Gefahrenabwehrgründen wurde der Veranstalter (NPD) gefragt, ob er mit einem Ausweichort einverstanden sei. Da die Haspelstraße für die Aufstellung der Polizeifahrzeuge reserviert war, wurde diese Stelle vorgeschlagen.

Nachdem die Zustimmung der NPD um 09:15 Uhr vorlag, wurde die Kundgebung in die Haspelstraße verlegt.

Die Entscheidung wurde gemeinsam zwischen Versammlungsbehörde und Polizei getroffen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschald - PDS/ML - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.13** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr.13 9/02)**
Vorlage: VO/0646/2002

Wie viel hörgeschädigte oder gehörlose Menschen haben in den letzten vier Jahren davon Gebrauch gemacht, dass ihnen nach dem damaligen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung das Recht auf einen von der Stadt bezahlten Gebärdendolmetscherdienst bei Behördengängen zusteht?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Dem Fachdienst Soziales und Wohnen ist in den letzten 4 Jahren nur 1 Fall bekannt, bei dem es Irritationen bezüglich der Begleichung der Rechnung einer Gebärdendolmetscherin im Zusammenhang mit Behördenangelegenheiten gab. Es handelte sich dabei um die Eheschließung eines gehörlosen Paares. Die Rechnung wurde unter Hinweis auf den Magistratsbeschluss natürlich beglichen.

Nicht auszuschließen ist jedoch, dass angefallene Kosten von einzelnen Fachämtern aus deren Etat bzw. im Rahmen einer Einzelfallentscheidung aufgrund gesetzlich gegebener Möglichkeiten (z.B. im Rahmen der Jugendhilfe) dennoch gezahlt wurden. Eine zahlenmäßige Erfassung liegt darüber allerdings nicht vor.

Für das Haushaltsjahr 2003 soll im Unterabschnitt 4330 eine eigene Haushaltsstelle mit einem Volumen von 500,--€ zur Begleichung solcher Rechnungen gebildet werden.

zu **4.14** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Pandelis Chatzievgeniou (Nr.14 9/02)**
Vorlage: VO/0647/2002

Wie wird die Vereinbarung mit dem Ausländerbeirat umgesetzt, wonach ihm jeden Vormittag eine Schreibkraft zur Verfügung steht?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Bisher war vorgesehen und zum großen Teil auch so praktiziert, dass Verwaltungsaufgaben für den Ausländerbeirat durch Mitarbeiter/innen der Stabsstelle für Gremienarbeit bzw. aus dem Allgemeinen Service - früher Hauptverwaltung - mit erledig wurden. Dies hat auch zum großen Teil funktioniert. In der letzten Zeit erscheint eine solche Lösung jedoch problematischer zu sein. Da es sich um personelle Angelegenheiten handelt, verbietet es sich, an dieser Stelle dazu weitere Ausführungen zu machen.

Für die Zukunft ist geplant, dass dem Ausländerbeirat eine eigenständige Kraft auf der Grundlage eines 325,00 €-Beschäftigungsverhältnisses zur Verfügung steht.

zu **4.15** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Pandelis Chatzievgeniou (Nr.15 9/02)**
Vorlage: VO/0648/2002

Wie wird im Stadtbüro die Benutzung des Treppenliftes durch Menschen mit Behinderungen gewährleistet? Ist die Erreichbarkeit der dazugehörigen Klingel gewährleistet?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der Zugang zum Gebäude ist behindertengerecht. Unmittelbar vor der Eingangstür stehen 2 Behindertenparkplätze z. Vfg. Im Foyer des Hauses ist eine Klingel mit einem Rollstuhl-Piktogramm und einem Hinweisschild angebracht, die ein akustisches Signal an der Information des Stadtbüros auslöst. Eine Gegensprechanlage ermöglicht die sofortige Kontaktaufnahme.

Auf Wunsch werden die Treppenlifte dann durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Stadtbüros bzw. des Ordnungsamtes bedient. Nach dem Einsteigen können die Benutzer die weitere Fahrt mit der Fernbedienung auch selbständig fortsetzen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Chatzievgeniou - SPD - wird durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.16** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.16 9/02)**
Vorlage: VO/0649/2002

Wie viele Personen kamen in den letzten 10 Jahren im Gebiet der Stadt Marburg durch offensichtlich von Fahrradfahrern verschuldete Unfälle wie schwer zu Schaden?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Unfallmeldungen werden beim Polizeipräsidium Mittelhessen, Verkehrsdienst Marburg registriert und archiviert. Jährlich wird von dort ein Verkehrsbericht mit Unfallstatistik erstellt. Daraus ist jedoch nur die Anzahl der Unfälle mit Radfahrerbeteiligung, nicht aber der Verursacher und die Anzahl der zu Schaden gekommenen Personen und die Schwere der Schäden ersichtlich.

Zum 01.01.2000 hat der Verkehrsdienst Marburg ein neues EDV-Programm erhalten. Danach ergeben sich für den Bereich der Stadt Marburg (einschl. Stadteile) folgende Unfallzahlen für Unfälle mit Radfahrerbeteiligung:

Jahr	2000	2001	2002 (bis 31.08.)
Gesamtzahl der Radfahrunfälle	35	39	26
davon von Radfahrern verursacht	18	16	12
getötete Personen	0	0	0
schwerverletzte Personen	6	3	4
leichtverletzte Personen	28	37	19

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.17** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.17 9/02)**
Vorlage: VO/0650/2002

Wann wird das Aquamar direkt an den Linienverkehr der Stadtwerke angeschlossen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Anbindung des Aquamar an den öffentlichen Personennahverkehr setzt einen positiven parlamentarischen Beschluss voraus, der die grundsätzliche Finanzierung dieser Anbindung festlegt. Entsprechende Mittelansätze wurden der Verwaltung von Seiten der Stadtwerke für den Haushalt 2003 gemeldet.

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dietmar Göttling (Nr.18 9/02)**
Vorlage: VO/0651/2002

Wie kann der Magistrat sicher stellen, dass bei städtischen Baumaßnahmen im Hochbau ökologische Baukriterien Anwendung finden?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Bezogen auf den wichtigsten umweltpolitischen Aspekt, die Energieversorgung, wird auf die Stadtverordnetenvorlage zum Energiemanagement vom Mai 2002 hingewiesen. Darin werden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Wärmedämmung in der Gebäudehülle und zur technischen Gebäudeausrüstung vorgestellt, die kurz- und mittelfristig realisiert werden sollen.

Bezogen auf die Auswahl von Materialien wird ständig darauf geachtet, dass umweltfreundliche Produkte Verwendung finden. So werden nur Farben mit dem sogenannten "Blauen Engel" eingesetzt. Bei Fußböden wird kein PVC, sondern nur chlorfreies Material oder Linoleum verwendet.

zu **4.19** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Kerstin Weinbach (Nr.19 9/02)**
Vorlage: VO/0652/2002

Wann wurde in wessen Auftrag die neue Rathausbeleuchtung (Leuchtstäbe an der Fassade) angebracht und aufgrund welcher Beschlüsse welcher städtischer Gremien/Beschlussorgane in welchen Sitzungen welchen Datums ist dies geschehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der Auftrag zur Montage wurde am 19.10.2000 durch die MTM erteilt; Im November 2000 wurden die Arbeiten durchgeführt.

Um nach der Frage - Beteiligung <u>städtischer</u> Gremien klar zu stellen:

Auch nach der Privatisierung des Bereiches Fremdenverkehr und Touristik in Form der MTM werden deren Gremien und die Geschäftsführung in solchen Fällen selbstverständlich als <u>städtische</u> Gremien tätig.

Nachdem die Idee einer entsprechenden Weihnachts-/Beleuchtung Ober-

stadt/Markt einschließlich Rathaus verstärkt an die damalige Geschäftsführung MTM heran getragen worden war – insbesondere aus dem Bereich der betroffenen Gewerbetreibenden – hat zwischen MTM und mir eine grundsätzliche Absprache stattgefunden. Ich habe Zustimmung signalisiert, wenn die zuständigen Fachstellen einverstanden sind.

Eingeschaltet worden sind dann seitens der MTM Geschäftsführung

- unsere Untere Denkmalschutzbehörde, Amt 61
- Landesamt für Denkmalpflege Hessen, Landeskonservator.

Fachliche Stellungnahmen wurden durch diese beiden zuständigen Stellen abgegeben und eine grundsätzliche Zustimmung erteilt.

Im übrigen verweise ich zu weiteren Zuständigkeitsfragen auf die Begründung meines Ihnen vorliegenden Widerspruches gegen den Stadtverordnetenbeschluss.

Der Gestaltungsbeirat der Stadt Marburg hat sich in einer seiner Sitzungen, jedoch außerhalb der Tagesordnung, mit der Weihnachtsbeleuchtung am Rathaus befasst. Der Beirat äußerte zwar, dass die Ausführung als nicht gelungen angesehen werden kann, es wurde aber kein Votum ausgesprochen und auch kein Beschluss gefasst.

Der Denkmalbeirat hat sich in seiner Februar-Sitzung 2002 noch einmal ausführlich mit der Weihnachtsbeleuchtung befasst und Bezug genommen auf die Sitzung am 5. Dezember 2000. Der Beirat hatte grundsätzliche Bedenken gegen diese Art von Weihnachtsbeleuchtung. Es wurde die Empfehlung durch Beschluss ausgesprochen, die Beleuchtung ersatzlos zu entfernen und dass keine neuen oder weitere Beleuchtungseinrichtungen als Dauereinrichtung installiert werden.

In der September-Sitzung 2002 des Denkmalbeirates wurde noch einmal die Frage der Weihnachtsbeleuchtung am Rathaus aufgegriffen und nach dem Stand der Maßnahme gefragt. Neben allgemeinen Erläuterungen und Fragen an das Landesamt für Denkmalschutz Hessen, Landeskonservator Baumann, wurde von dessen Seite angeführt, dass kein zwingender Handlungsbedarf einer ersatzlosen Entfernung besteht, zumal der Marketing u. Tourismusgesellschaft damals die grundsätzliche Zustimmung seitens der beiden zuständigen Fachstellen für eine Weihnachtsbeleuchtung auch am Rathaus erteilt wurde.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster - PDS/ML -, Chatzievgeniou - SPD -, Dr. Weinbach - SPD -, Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -, Schwebel - FDP -, Metz - PDS/ML - sowie Severin - SPD - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.20** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.20 9/02)**
Vorlage: VO/0639/2002

Wie hat sich das Gewerbesteueraufkommen in Marburg in den letzten sechs Monaten entwickelt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Gewerbesteuerentwicklung der vergangenen 6 Monate zeichnet sich dadurch aus, dass ein ständiges Auf und Ab im Gesamtsoll zu verzeichnen war. Dies war vor allem durch Vorjahresanpassungen einzelner Steuerpflichtiger bedingt. Die Unterschiede von Woche zu Woche lagen bei rd. 1 Mio. € Mehr- bzw. Mindersoll.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass das Vorauszahlungssoll 2002 Ende Januar des Jahres einen Anstieg um ca. 700.000 € erfuhr, der im weiteren Verlauf des Jahres jedoch relativ stetig um insgesamt ca. 600.000 € wieder abgebaut wurde und heute um etwa 100.000 € höher liegt als zu Jahresbeginn.

Bei den Veranlagungen für Vorjahre gab es im gesamten Jahresverlauf ständig größere Schwankungen sowohl nach oben als auch nach unten. Anfang Februar, Anfang April und von Mai bis Mitte Juli lagen die Veranlagungsbeträge im positiven Bereich. In den übrigen Monaten - bis heute - lagen die Werte im negativen Bereich. Das bedeutet, dass für Vorjahre mehr Gelder erstattet als nachgefordert wurden.

Bei den Vorauszahlungen des Jahres 2001, die ja im laufenden Jahr noch angepasst werden können, gestaltet sich das Bild ebenfalls recht schwankend. Bis einschließlich Februar lagen diese Zahlen auch im Negativbereich, allerdings mit deutlich schwankender Tendenz hin zum Positiven. Positivbeträge (Nachforderungen für Vorauszahlungen 2001) wurden im März erreicht, was bis Mitte Juni 2002 anhielt. Seit diesem Zeitpunkt sind die Vorauszahlungen 2001 wieder negativ mit einem erkennbaren Trend nach unten.

Das Gewerbesteuergesamtsoll liegt heute ca. 390.000 € niedriger als zu Beginn des Jahres.

Um 18:15 Uhr übernimmt wieder der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - die Sitzungsleitung.

zu **4.21** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Gregor Huesmann (Nr.21 9/02)**
Vorlage: VO/0653/2002

Ist dem Magistrat der Stadt Marburg bekannt, ob sich in unmittelbarer Lahnnähe, zwischen Marburg und Lahntal, eine Altablagerung bei einem neugeschaffenen Flussarm befindet?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Auf dem Stadtgebiet von Marburg ist dem Magistrat eine Altablagerung in der Nähe eines neu geschaffenen Flussarmes nicht bekannt.

Sollten dem Fragesteller näherer Informationen vorliegen, bittet die Verwaltung (Umweltamt) um entsprechende Informationen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Ludwig - MBL - wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.22** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.22 9/02)**
Vorlage: VO/0654/2002

Wie haben sich die vom Dienstleistungsbetrieb eingeführten neuen Müllfahrzeuge d. h. die sogenannten Seitenlader bewährt? Wann ist mit einer endgültigen Einführung zu rechnen?

Von Anwohnern ist zu hören, dass die Müllabfuhr mit den sog. Seitenladern zu erheblichen Problemen führt. So ist davon die Rede, dass oft ein zweiter Mann (des Bedienpersonals) aussteigen müsse, um die Müllgefäße auszurichten.

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der DBM hat in der Zeit von Ende April bis Ende Juni 2002 ein Seitenladerfahrzeug testweise im Einsatz gehabt. Zielsetzung der Testphase war es, zu prüfen, ob der Einsatz von Seitenladerfahrzeugen in Marburg sinnvoll ist, d.h. ob bei gleichem Leistungsstandard mit dieser Technik die Effizienz gesteigert werden kann.

Grundsätzlich bietet die Seitenladertechnik den Vorteil, dass sie bei erfolgreicher Einführung nur die Kapazität von einem Fahrer bindet. Dies setzt aber voraus, dass die Touren für den Seitenlader speziell zugeschnitten sind und die Müllgefäße durch die Bürgerinnen und Bürger entsprechend zur Leerung bereitgestellt werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass sich diese Technik nur in eher dörflich strukturierten Bereichen effizient einsetzen lässt. Daher bedarf es vor der Einführung der Seitenladertechnik in Marburg einer grundlegenden Änderung der kompletten Tourenplanung, da es allgemeine Auffassung ist, dass Seitenlader speziell auf ihre technische Fähigkeiten zugeschnittene Reviere benötigen, um die Vorteile ausnutzen zu können.

Der zweite entscheidende Aspekt ist die Kooperation mit den Bürgerinnen und Bürgern bei der Bereitstellung der Müllgefäße. Zum erfolgreichen Einsatz des Seitenladers müssen die Gefäße unbedingt so aufgestellt werden, dass der Seitenladerfahrer diese ohne Aussteigen entleeren kann. Dies setzt, wie in anderen Städten bereits erfahren, eine lange und nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit voraus. Diese kann auch gegebenenfalls deutlich über ein Jahr dauern. Während dieser Einführungsphase ist es zwingend erforderlich einen Lader, der die falsch aufgestellten Gefäße ausrichtet, mitfahren zu lassen.

Insgesamt bedarf es also einer umfassenden und detaillierten Bewertung und organisatorischen Neustrukturierung, um die Seitenladertechnik sinnvoll einzusetzen. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten in Marburg erscheint der Einsatz nur eines Fahrzeuges mit dieser Technik eher weniger ratsam, da insgesamt betrachtet spürbare Effektivitätssteigerungen nur bei Einsatz von mehreren Fahrzeugen zu erwarten sind. Dazu bedarf es aber, wie bereits oben erläutert, einer kompletten Umstrukturierung der Tourenplanung. Dazu gilt es auch zu beachten, dass die für Mülltonnen sinnvolle Schüttung des Seitenladers nicht in der Lage ist, auch die auf allen Touren vorhandenen Container zu leeren. Dies stellt weitere Anforderungen an die Routenstrukturen und ist auch wirtschaftlich in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Darüber hinaus darf bei allen Überlegungen nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Anschaffung eines Seitenladers mit höheren Anschaffungskosten verbunden ist und wie der Test gezeigt hat, die Fahrer natürlich die Ladeleistung der bisherigen Heckladerbesatzungen zunächst keineswegs realisieren können.

Deshalb bedarf es vor der endgültigen Einführung einer sorgfältigen Abwägung der Vor- und Nachteile dieser Technik, insbesondere auch im Verhältnis zu den vorhandenen technischen Ressourcen.

Bei allen Nutzungsmöglichkeiten des Seitenladers sollte auch nicht vergessen werden, dass sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Entsorgungswirtschaft der Hecklader noch immer mit Abstand die vorherrschende Technik darstellt und auch auf jeden Fall in städtischen Gebieten auf absehbare Zeit bleiben wird. Auch in der privaten Entsorgungswirtschaft wird der Seitenlader nur für bestimmte Aufgabengebiete eingesetzt.

zu **4.23** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Brahms (Nr.23 9/02)**
Vorlage: VO/0637/2002

Welche Möglichkeit sieht der Magistrat der Stadt Marburg, den Alkoholverkauf an den Tankstellen im Stadtgebiet zeitlich zu begrenzen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Zur Zeit besteht keine Möglichkeit einer zeitlichen Verkaufsbegrenzung.

Es wird geprüft, ob im Rahmen der Gefahrenabwehr (Lärm) Einschränkungen verfügt werden können.

Diese Regelung muss sodann allerdings für alle Tankstellen gelten.

zu **4.24** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr.24 9/02)**
Vorlage: VO/0670/2002

Mit welchen Mitteln aufgrund welcher gesetzlicher Vorgaben wird auf öffentlichen Flächen im Stadtgebiet die „Unkrautbekämpfung" durchgeführt, werden dafür auch Herbizide eingesetzt, und ist dem Magistrat bekannt, ob die Universität auf ihren Arealen Herbizide verwendet?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Aus Umweltschutzgründen werden im Stadtgebiet von Marburg seit vielen Jahren keine Herbizide mehr für die „Unkrautbekämpfung" eingesetzt.

Die Universität setzt auf ihren Arealen noch Herbizide ein. Es wurde jedoch versichert, kontinuierlich zu reduzieren.

zu **4.25** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr.25 9/02)**
Vorlage: VO/0669/2002

Sieht der Magistrat in der Anbringung von Aschenbechern an den Bushaltestellen eine Möglichkeit zur Reduzierung der Verunreinigung an diesen Stellen durch herumliegende Zigarettenasche und –kippen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Inwieweit die Anbringung von Aschenbechern zu einer geringeren Verunreinigung

an Bushaltestellen führen könnte, kann seitens des Magistrats nicht abgeschätzt werden, da noch keine Erfahrungswerte aus Marburg vorliegen. Auch über Ergebnisse in anderen Städten sind keine validierten Angaben vorhanden.

Da diese Thematik aber auch im Magistrat diskutiert wird, kann nur eine versuchsweise Anbringung von Aschenbechern an den städtischen Papierkörben bei größeren Bushaltestellen einen genaueren Aufschluss darüber liefern. Da zur Zeit Planungen erarbeitet werden, generell größere und alternative Papierkorbmodelle im Einsatz zu testen, ist zu überlegen, ob nicht auch einige Papierkörbe mit Aschenbechern an den o.g. Bushaltestellen angebracht werden sollten. Ein Ergebnis der Vorplanung und die anschließende testweise Umsetzung wird voraussichtlich noch im Herbst diesen Jahres erfolgen können.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Lakner - Bündnis 90/Die Grünen -, Hussein - SPD - und Wüst - FDP - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.26** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Julia Schlüter-Böhm (Nr.26 9/02)**
Vorlage: VO/0671/2002

Mit welchem Ergebnis hat der Magistrat die im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 24.05.2002 aufgetragene Prüfung einer ökologischen Aufwertung des Lahnvorlandes am Behördenviertel vorgenommen und in welchem Umfang hat er die im Naturschutz tätigen Verbände und Anlieger dieses Gebietes in die Prüfung einbezogen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe (60, 60.6, 61, 67) hat in einem ersten Schritt den Rahmen für eine ökologische Aufwertung erstellt:

- Für Aufwertungsmaßnahmen müssen Parkplätze zurückgebaut werden.
- Mittel- bis langfristig ist es das Ziel, alle Parkplätze zurückzubauen (Landschaftsplan Mitte, BUND-Lahnprojekt, Landesgartenschau 2010).
- Fußweg am Böschungsfuß zum Behördenzentrum mit berücksichtigen (Attraktivitätssteigerung Einmündungsbereich Kanustrecke, Option Wegeverbindung Uferstraße bei Landesgartenschau 2010)
- Entwicklung von Alternativen (Vorrang Natur, Vorrang Erholung)
- Einbindung diese Abschnittes am Behördenviertel in das Gesamtkonzept zur Lahn (Landschaftsplan Mitte)

Unter diesen Rahmenbedingungen wird als nächster Schritt ein Aufwertungskonzept, das den Gesamtbereich, die o. g. Alternativen und die Prämisse einer abschnittsweisen Realisierung berücksichtigt, entwickelt. Mit diesen Vorschlägen sollen dann die im Naturschutz tätigen Verbände und Anlieger einbezogen werden.

Damit ist die Fragestunde zeitlich abgelaufen. Die restlichen Fragen werden zusammen mit dem Protokoll schriftlich beantwortet.

zu **5** **Dringlichkeitsanträge**

Es wurden keine Dringlichkeitsanträge in die Tagesordnung aufgenommen.

zu **6** **Neuwahl einer stellv. Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg II (Kernstadt links der Lahn)**
Vorlage: VO/0628/2002

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster - PDS/ML -. Die Vorlage des Magistrats wurde im Wahlvorbereitungsausschuss behandelt. Die SPD-Fraktion schlägt den in der Vorlage genannten Bewerber Werner Karry, Großseelheimer Straße 52, für das Amt vor.

Weitere Vorschläge wurden nicht vorgetragen.

Zur Vereinfachung des Verfahrens kann die Wahl offen durch Handzeichen durchgeführt werden. Geheime Abstimmung wurde im Ausschuss nicht gewünscht.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung somit einstimmig, die Wahl aufgrund des vorliegenden Wahlvorschlages offen durch Handzeichen durchzuführen.

Auch aus der Stadtverordnetenversammlung wird keine geheime Wahl gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herr Werner Karry, geb. 06.02.1929 in Marburg, Beruf Gewerkschaftssekretär, wh. Großseelheimer Straße 52, 35039 Marburg, wird zur stellv. Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg II (Kernstadt links der Lahn) gewählt.

zu **7** **Umgestaltung und verkehrliche Neuordnung des Bahnhofsvorplatzes in Marburg**
Vorlage: VO/0576/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Gegenstimme aus der MBL-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Die Entwurfsplanung für die Umgestaltung und verkehrliche Neuordnung des Bahnhofsplatzes wird genehmigt (Projektgenehmigung nach Anlage 2.23 AGA).**
2. **Das Planfeststellungsverfahren wird eingeleitet.**
3. **Das Umstufungsverfahren für die betroffenen Straßenzüge wird beantragt.**

zu **8** **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6/4
Antrag vom 6. August 2002 zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für das Grundstück Afföllerstraße (Gemarkung Wehrda, Flur 5, Flurstück Nr. 175); Errichtung eines SB-Warenhauses mit über 6 500 m² Verkaufsfläche
Vorlage: VO/0602/2002

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass sich der Bauausschuss mit dieser Vorlage inhaltlich nicht befasst hat, da sie sehr kurzfristig vorgelegt wurde. Die Beschlussvorlage kann dennoch in der Stadtverordnetenversammlung beraten und beschlossen werden.

Aus dem Hause wird das Wort zu dieser Vorlage nicht gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die beantragte Aufstellung eines Vorhaben- und Erschließungsplans für einen großflächigen Einzelhandelsbetrieb mit ca. 6 500 m² Verkaufsfläche und ca. 500 m² Verkaufsfläche für ergänzende Handels- und Dienstleistungs-Konzessionäre wird abgelehnt.

zu **9** **Technologieplan zum Einsatz der EDV in Marburger Schulen (IT-Plan)**
Vorlage: VO/0547/2002

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Spies - SPD -. Der Schul- und Kulturausschuss hat der Vorlage einstimmig zugestimmt und empfiehlt die Beschlussfassung.

Für den Magistrat spricht der Bürgermeister. Der Schuldezernent beantwortet auch Fragen aus dem Hause.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Technologieplan zum Einsatz der EDV an Marburger Schulen wird zugestimmt.

zu **10** **Kulturentwicklungsplan 'Kulturprofil 2005'**
Vorlage: VO/0617/2002

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Spies - SPD -. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet. Im Rahmen der Debatte sprechen Bürgermeister Vaupel sowie die Stadtverordneten Schulze-Stampe - SPD -, Laßmann - Bündnis 90/Die Grünen -, Rising Hintz - CDU -, Schwebel - FDP -, Heubel - CDU -, Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -, Spies - SPD -, Metz - PDS/ML -, Dr. Wulff - CDU - und erneut Bürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der CDU mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die im Kulturentwicklungsplan „Kulturprofil 2005" benannten Leitlinien, Ziele und Maßnahmen werden zur Grundlage des kulturpolitischen Prozesses der Stadt Marburg. Die Umsetzung der im „Kulturprofil 2005" benannten Ziele wird dabei vom Marburger Kulturforum begleitet.

Während der Aussprache hat von 18:55 Uhr bis 19:20 Uhr der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Ludwig - MBL - die Sitzungsleitung übernommen.

zu **11** **Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2003 für das Bäderamt der Stadt Marburg**
Vorlage: VO/0599/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Bürgermeister darauf hingewiesen, dass im Wirtschaftsplan (Seite 12 der Vorlage) noch folgende Beträge zu ändern sind:

	Alt	Neu
Sonstige Zinserträge aus Stiftungen	79	58
Sonstige betriebliche Erträge (Zuschuss)	1.619	1.637
Summe Erträge / Erlöse	3.720	3.717
Verwaltungskostenerstattungen	81	78
Summe sonstige Aufwendungen	1.680	1.677
Summe Aufwendungen	3.689	3.686

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung zu der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Aussprache sprechen Bürgermeister Vaupel sowie die Stadtverordneten Köster - PDS/ML -, Wüst - FDP -, Heubel - CDU -, Acker - SPD - erneut Bürgermeister Vaupel und Oberbürgermeister Möller.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, BfM, FDP und MBL bei Nein-Stimmen der PDS und einer Nein-Stimme aus der FDP und bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion folgenden Beschluss:

Für das kommende Wirtschaftsjahr 2003 wird der Wirtschaftsplan des Bäderamtes beschlossen.

zu **12** **Anträge der Fraktionen**

zu **12.1** **Antrag der SPD/Grüne/PDS/BFM/FDP/MBL-Fraktionen betr. Straßenbenennung im Stadtteil Weidenhausen (neu: nach Erna und Heinrich Düker) Vorlage: VO/0394/2002**

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, wurde diese Vorlage vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen. Der Ältestenrat hat in seiner Sitzung vom 26.09.2002 die Angelegenheit behandelt und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Fußweg am rechten Lahnufer unterhalb der Fußgängerbrücke auf der Weide bis zur Schützenpfuhlbrücke erhält den Namen Dükerdamm.

Der beiliegende Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Der so neu formulierte Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS, BfM, FDP und MBL wurde neu gedruckt und liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor.

Aus der Stadtverordnetenversammlung wird angeregt, die Schreibweise wie folgt zu vereinbaren:

Düker-Damm.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Fußweg am rechten Lahnufer unterhalb der Fußgängerbrücke auf der Weide bis zur Schützenpfuhlbrücke erhält den Namen Düker-Damm.

Der beiliegende Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

<u>Nachtrag zu TOP 12.1:</u>

Zum Thema Straßenbenennung nach Erna und Heinrich Düker wird darauf hin gewiesen, dass die Stadtverordnetenversammlung durch diese Namensgebung eventuell die Bezeichnung Bückingsdamm außer Kraft gesetzt hat. Es könnte sein, dass der neu bezeichnete Damm diesen Namen trägt. Die Angelegenheit muss nochmals überprüft werden. Es wird vorgeschlagen, den Beschluss auszusetzen und den Ältestenrat mit der Klärung der Angelegenheit zu beauftragen. Dagegen wird aus der Stadtverordnetenversammlung nicht gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einigen Enthaltungen folgenden Beschluss:

Die Beschlussfassung zu TOP 12.1 wird ausgesetzt, um die Angelegenheit erneut zu beraten. Der Ältestenrat wird sich damit befassen.

zu **12.2** **Antrag der SPD/Grüne/PDS/BFM/FDP-Fraktionen betr. Straßenbenennung nach Wolfgang Abendroth, Vorlage: VO/0407/2002**

Auch diese Vorlage wurde vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat

zur abschließenden Beratung überwiesen. Der Ältestenrat hat die Angelegenheit beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Mensabrücke erhält den Namen Abendroth-Brücke.

Auch diese neu gefasste Antragsformulierung liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen Vorschlag des Ältestenrates abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS und einer Stimme aus der BfM bei Nein-Stimmen aus CDU, BfM, MBL und FDP folgenden Beschluss:

Die Mensabrücke erhält den Namen Abendroth-Brücke.

zu **12.3** **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Rathausillumination**
Vorlage: VO/0435/2002

hier: **Erneute Beschlussfassung gem. § 63 Ziffer 1 HGO**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - gibt der Stadtverordnetenversammlung Erläuterungen zur Sache. Er spricht zur rechtlichen Situation und zum Verfahren und weist auch darauf hin, dass die Stadtverordnetenversammlung für die Behandlung dieses Themas zuständig ist.

Eine weitere Aussprache zum Thema findet nicht statt. Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS/ML bei Nein-Stimmen aus CDU, BfM, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert zu veranlassen, dass die neue Illumination der Rathausfassade umgehend entfernt wird.

Nach dieser Beschlussfassung ergreift der Oberbürgermeister das Wort. Er kündigt an, diesen soeben gefassten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung gem. § 63 Ziffer 2 HGO zu beanstanden.

zu **12.4** **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Klima-Bündnis**
Vorlage: VO/0565/2002

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket - SPD -. Der Umweltausschuss hat die Vorlage wie folgt geändert:

Der Magistrat wird beauftragt, den Beitritt der Stadt Marburg zum Klimabündnis zu prüfen. Dazu sollen die Auswirkungen und Modalitäten eines solchen Beitritts für die Stadt festgestellt und die Erfahrungen anderer Kommunen berücksichtigt werden. Über die Ergebnisse soll spätestens im Januar 2003 berichtet werden.

Den so geänderten Antrag empfiehlt der Ausschuss einstimmig zur Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, den Beitritt der Stadt Marburg zum Klimabündnis zu prüfen. Dazu sollen die Auswirkungen und Modalitäten eines solchen Beitritts für die Stadt festgestellt und die Erfahrungen anderer Kommunen berücksichtigt werden. Über die Ergebnisse soll spätestens im Januar 2003 berichtet werden.

zu **12.5** **Antrag der SPD und B90/Die Grünen - Fraktionen betr. Sofortige Rücknahme der jüngsten Änderungen des Hessischen Wassergesetzes vom 26. Juni 2002**
Vorlage: VO/0613/2002

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket - SPD -. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften behandelt worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Auch der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Schröter - SPD -, Wüst - FDP -, Dr. Musket - SPD -, Oppermann - CDU -, Kolter - PDS -, Markus - Bündnis 90/Die Grünen - und Oppermann - CDU -. Für den Magistrat sprechen Oberbürgermeister Möller, Bürgermeister Vaupel und Stadtrat Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und einer Stimme aus der BfM bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und BfM sowie einer Enthaltung aus der MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, sich bei der Hessischen Landesregierung für die sofortige Rücknahme der jüngsten Änderungen des Hessischen Wassergesetztes einzusetzen, insbesondere der

- **Abschaffung der „Fünf Meter Uferrandstreifen" sowie der**
- **Abschaffung der Genehmigungspflicht für Baumaßnahmen im Überschwemmungsgebiet innerhalb geschlossener Ortschaften.**

Der Magistrat wird ferner aufgefordert, sich an den Hessischen Städtetag zu wenden mit dem Ziel, dass dieser im gleichen Sinne tätig wird.

Um 21:15 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff - CDU - die Sitzungsleitung.

zu **12.6** **Antrag der CDU - Fraktion betr. 2. Familientag in Marburg**
Vorlage: VO/0614/2002

Für den Sozialausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Severin - SPD -.

Im Sozialausschuss hat die Stadtverordnete Dersch für die CDU-Fraktion vorgeschlagen, den Antrag folgendermaßen zu ergänzen:

Der Magistrat wird gebeten, bis zum 30. September 2002 eine Bewerbung der Stadt Marburg zur Durchführung des 2. Familientages bei dem Hessischen Sozialministerium einzureichen. Sollte der Antrag durch die Hessische Landesregierung abschlägig beschieden werden, sollte seitens des Magistrats die Bewerbung für das Jahr 2004 eingereicht werden.

Diese Änderung wurde im Ausschuss jedoch abgelehnt. Anschließend schlug der Stadtverordnete Chatzievgeniou vor, den Antrag wie folgt abzuändern:

Der Magistrat wird gebeten, eine Bewerbung für die Ausrichtung eines zukünftigen landesweiten Familientages zu prüfen.

Diese Antragsfassung hat der Sozialausschuss angenommen und empfiehlt sie zur Annahme. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschald - PDS -, Schäfer - Bündnis 90/Die Grünen -, Dersch - CDU -, Severin - SPD -, Oppermann - CDU -, Göttling - Bündnis 90/Die Grünen - und Stadtrat Dr. Kahle.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die beiden Antragsfassungen aus dem Sozialausschuss alternativ abstimmen.

1. <u>Abstimmung über die von der CDU-Fraktion begehrte Antragsfassung:</u>

Diese Antragsversion wird unterstützt von den Stadtverordneten der CDU und der Zählgemeinschaft aus FDP, BfM und MBL.

2. <u>Abstimmung über die Fassung der SPD-Fraktion:</u>

Diese Antragsfassung wird unterstützt durch die Stadtverordneten der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS.

Da dies die Mehrheit ist, hat die Stadtverordnetenversammlung folglich folgenden Beschluss gefasst:

Der Magistrat wird gebeten, eine Bewerbung für die Ausrichtung eines zukünftigen landesweiten Familientages zu prüfen.

Zur Klarstellung lässt der Stadtverordnetenvorsteher über diese Antragsversion nochmals separat abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit allen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, eine Bewerbung für die Ausrichtung eines zukünftigen landesweiten Familientages zu prüfen.

zu **12.7** **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr. Nutzung von Recyclingpapier**
Vorlage: VO/0615/2002

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Dr. Musket - SPD -. Der Antrag ist im Umweltausschuss wie folgt ergänzt worden:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass in der Verwaltung und den stadteigenen Betrieben ausschließlich Umweltpapier zum Einsatz kommt. Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen zulässig.

Diesen so geänderten Antrag empfiehlt der Ausschuss einstimmig zur Annahme.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass in der Verwaltung und den stadteigenen Betrieben ausschließlich Umweltpapier zum Einsatz kommt. Ausnahmen sind in begründeten Einzelfällen zulässig.

zu **12.8** **Antrag der Fraktionen von SPD und B90/Die Grünen betr.**
Freizeit und Feiern auf den südlichen Lahnwiesen
Vorlage: VO/0622/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker - SPD -. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Die CDU-Fraktion tritt dem Antrag bei.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten, die Konflikte, die zwischen Anwohnern und den Feiernden im Bereich der südlichen Lahnwiesen entstehen, durch geeignete kontrollierende und planerische Maßnahmen zu entschärfen.
Der Magistrat möge prüfen, an welcher Stelle eine Freizeitfläche ausgewiesen werden kann, auf der auch Feiern zu später Stunde möglich sind, ohne dass Anwohner belästigt werden.

zu **12.9** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Sparpotentiale im laufenden Haushaltsjahr**
Vorlage: VO/0631/2002

Der Stadtverordnete Dr. Wulff - CDU - gibt für seine Fraktion zu diesem Antrag eine Erklärung ab und zieht die Vorlage zurück.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **12.10** **Antrag B 90/Die Grünen und SPD - Fraktionen betr. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis der Vorsitzenden des Ausländerbeirats**
Vorlage: VO/0655/2002

Die Vorlage wurde vom Haupt- und Finanzausschuss an den Ältestenrat zur weiteren Beratung überwiesen. Der Ältestenrat hat sich damit in seiner Sitzung am 26.09.2002 eingehend befasst.

Der Ältestenrat empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die zuständigen Genehmigungsbehörden, bei dem Antrag der Vorsitzendenden des Ausländerbeirats auf Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis auch ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Ausländerbeirates in die Entscheidung mit einzubeziehen.

Der Antrag soll den Stadtverordneten in dieser neuen Fassung auf die Plätze gelegt werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Vorlage in dieser geänderten Fassung zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die zuständigen Genehmigungsbehörden, bei dem Antrag der Vorsitzendenden des Ausländerbeirats auf Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis auch ihre Tätigkeit als Vorsitzende des Ausländerbeirates in die Entscheidung mit einzubeziehen.

zu **13** **Kenntnisnahmen**

zu **13.1** **Freigabe von Haushaltsmitteln und überplanmäßige Ausgabe nach § 100 HGO**
hier: Hst. 7910/9250 'Darlehen an SCM'
Vorlage: VO/0409/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **13.2** **Ersatzbeschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges LF 16/12 für die Freiwillige Feuerwehr Marburg-Mitte und Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe**
Vorlage: VO/0479/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:20 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Spies
stellv. Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Rehlich
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen:
Schriftliche Beantwortungen von Kleinen Anfragen
Dringlichkeitsantrag